

Inhaltsübersicht

Vorwort	v
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Einleitung	1

Erster Teil

Demografischer Wandel in Deutschland

<i>Kapitel 1:</i> Realbefund	9
<i>Kapitel 2:</i> Auswirkungen des demografischen Wandels auf Staat und Gesellschaft	48
<i>Kapitel 3:</i> Ursachen des Geburtentiefs in Deutschland	93
<i>Kapitel 4:</i> Steuerbarkeit der Geburtenrate durch staatliche Familienförderung	118
Erster Teil: Ergebnis	151

Zweiter Teil

Verfassungsrechtlicher Rahmen für die Bewältigung des demografischen Wandels durch Familienförderung

<i>Kapitel 1:</i> Bevölkerungsreproduktion als Staatsaufgabe	159
<i>Kapitel 2:</i> Grundrechte als Quelle von Direktiven für staatliche Bevölkerungspolitik durch Familienförderung	198
<i>Kapitel 3:</i> Auflösung verfassungsrechtlicher Spannungslagen	459
<i>Kapitel 4:</i> Familienförderung und Eheförderung	485
Zweiter Teil: Ergebnis	508

Dritter Teil

Politik der Familienförderung in Deutschland –
verfassungsrechtlicher und verfassungspolitischer
Reformbedarf

<i>Kapitel 1:</i> Einzelne familienpolitische Maßnahmen im Spiegel des Verfassungsrechts	517
<i>Kapitel 2:</i> Reformvorschlag zur Neugestaltung der Familienpolitik: Bewältigung des demografischen Wandels durch ein einfaches und transparentes System der Familienförderung	590
Dritter Teil: Ergebnis	600

Vierter Teil

Unionsrechtlicher Rahmen für die Bewältigung
des demografischen Wandels durch Familienförderung
der Mitgliedstaaten

<i>Kapitel 1:</i> Bindung der Mitgliedstaaten bei der Familienförderung an das Europäische Unionsrecht	607
<i>Kapitel 2:</i> Bewältigung des demografischen Wandels durch geburtensteigernde Maßnahmen der Mitgliedstaaten – ein verbindliches unionsrechtliches Ziel	614
<i>Kapitel 3:</i> Unionsrechtliches Gebot der Familienförderung durch die Mitgliedstaaten	631
<i>Kapitel 4:</i> Unionsrechtliches Neutralitätsgebot bei der Familienförderung	640
<i>Kapitel 5:</i> Unionsrechtliche Regelungen zur Förderung der tatsächlichen Gleichberechtigung der Geschlechter bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf	655
Vierter Teil: Ergebnis	679
 Schlussbetrachtung	682
Zusammenfassung in Leitsätzen	685
Literaturverzeichnis	741
Sachregister	779

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	v
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Einleitung	1
A. Problemaufriss	1
B. Gegenstand und Gang der Untersuchung	3

Erster Teil

Demografischer Wandel in Deutschland

<i>Kapitel 1:</i> Realbefund	9
A. Fertilität, Mortalität und Migration in Deutschland – Rückblick, Überblick und Ausblick	9
I. Rückblick: Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland im 19. Jahrhundert und frühen 20. Jahrhundert	10
1. Die Bevölkerung im 19. Jahrhundert – erster demografischer Übergang (1865–1925)	10
2. Erster und Zweiter Weltkrieg, Weltwirtschaftskrise und Nachkriegszeit	13
II. Überblick: Zweiter demografischer Übergang und Bevölkerungssituation der Gegenwart	15
1. Zweiter demografischer Übergang (1965 bis 1975)	15
2. Status quo: Bevölkerungsentwicklung zwischen 1975 und 2005	16
a) Entwicklung der Fertilität, Mortalität und Migration	16
b) Größe und Altersstruktur der Bevölkerung im Jahr 2005	20

III. Ausblick: Die Bevölkerung Deutschlands im 21. Jahrhundert	22
1. Szenarien zur Entwicklung der Bevölkerung bis zum Jahr 2050	24
a) Erstes Szenario: Konstante demografische Lage	24
b) Zweites Szenario: Rückgang der Geburtenziffer	25
c) Drittes Szenario: Anstieg der Geburtenziffer	26
2. Fazit: Die Bevölkerung schrumpft und altert	27
B. Parallelen und Unterschiede: Demografischer Wandel in anderen Ländern	31
I. Entwicklung der Weltbevölkerung	31
II. Demografischer Wandel in Europa und anderen Industrieländern	36
III. Hohe Geburtenraten und Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern	42
IV. Fazit: Deutschland ist „Vor- und Spitzenreiter“ im demografischen Wandel	47
 <i>Kapitel 2: Auswirkungen des demografischen Wandels auf Staat und Gesellschaft</i>	48
A. Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme	48
I. Gesetzliche Rentenversicherung	49
1. Gefährdung der Funktionsfähigkeit der Rentenversicherung . .	49
2. Handlungsoptionen: Reform der Rentenversicherung, Milderung der Folgen oder Bewältigung des demografischen Wandels	54
a) Anpassung der Rentenversicherung an den demografischen Wandel	55
b) Milderung der Folgen des Geburtenrückgangs	60
c) Bewältigung des demografischen Wandels	61
II. Gesetzliche Krankenversicherung	64
1. Anfälligkeit der Krankenversicherung für demografische Veränderungen	64
2. Handlungsoptionen	67
III. Gesetzliche Pflegeversicherung	70
1. Gefährdung der Funktionsfähigkeit der Pflegeversicherung ..	70
2. Handlungsoptionen	73

	<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XI
B. Auswirkungen auf das Wachstum der Volkswirtschaft	75	
I. Schwächung des Wirtschaftswachstums	75	
II. Handlungsoptionen: Folgenbewältigung oder Umkehr des Bevölkerungswandels	80	
C. Weitere Konsequenzen des demografischen Wandels für Staat und Gesellschaft	82	
D. Fazit	91	
 <i>Kapitel 3: Ursachen des Geburtentiefs in Deutschland</i>	 93	
A. Hauptursächlich: Geburtenrückgang als Folge gestiegener Erwerbschancen der Frauen und der Unvereinbarkeit von Familie und Beruf	94	
I. Zeitenwandel: Eintritt der Frau in das Erwerbsleben und Abschied vom „male breadwinner-Modell“	94	
II. Kinder oder Erwerbstätigkeit: Faktische und rechtliche Barrieren für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf	100	
1. Die Betreuungsinfrastruktur: Alte Defizite und neue Bedeutsamkeit	101	
2. Die Gesellschaft: Weibliche „Rabenmütter“ und männliche „Versager“	103	
3. Das Geld: Der Staat vernachlässigt Doppelverdiener mit Kindern	104	
4. Konsequenz: Erwerbstätigkeit oder Elternschaft	105	
III. Fazit	111	
B. Neben- und untergeordnet: Weitere Ursachen	112	
 <i>Kapitel 4: Steuerbarkeit der Geburtenrate durch staatliche Familienförderung</i>	 118	
A. Internationaler Vergleich: Geburtenelastizität und Familienpolitik ...	118	
I. Kausalität zwischen dem Finanzvolumen staatlicher Familienförderung und der Geburtenrate?	119	
II. Kausalzusammenhang zwischen der Zielsetzung staatlicher Familienpolitik und der Geburtenzahl: Hohe Fertilität durch pronatalistische und gleichstellungsorientierte Förderung	121	

1. Familienpolitik in Frankreich, Schweden und Dänemark: Pronatalistisch und gleichstellungsorientiert	121
2. Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Gleichgültig gegenüber der Bevölkerungsentwicklung und der Geschlechtergleichberechtigung	127
a) Bewusste Absage an eine bevölkerungspolitische Zielsetzung der Familienpolitik	128
b) Keine konsequente Durchsetzung der Gleichberechtigung der Geschlechter	134
3. Fazit: Steigerbarkeit der Geburtenrate durch zielorientierte Familienförderung	140
III. Nebeneffekt: Hohe Frauenerwerbstätigkeit als Folge gleichstellungsorientierter Familienpolitik	145
B. Ehe- und Familienförderung als Querschnittsaufgabe: Steuerungsinstrumente und Politikfelder	147
Erster Teil: Ergebnis	151

Zweiter Teil

Verfassungsrechtlicher Rahmen für die Bewältigung des demografischen Wandels durch Familienförderung

<i>Kapitel 1:</i> Bevölkerungsreproduktion als Staatsaufgabe	159
A. Art. 20 Abs. 1 GG: Geburtensteigerung zur Bewältigung des demografischen Wandels – ein Mittel zur Erfüllung sozialstaatlicher Aufgaben	160
I. Kernbereich des Sozialstaatsprinzips	162
1. Sicherung des existentiellen Grundbedarfs	162
2. Wirtschaftliche Prosperität – Voraussetzung für die Erfüllung der sozialstaatlichen Pflichtaufgabe der Existenzsicherung	166
II. Fakultativbereich des Sozialstaatsprinzips: Sicherung gesellschaftlichen Wohlstands	170
III. Mittel zur Verwirklichung des Sozialstaatsprinzips	175
1. Kernbereich: Gestaltungsspielraum des Staates und Verengung des Gestaltungsspielraums	175
2. Fakultativbereich: Gestaltungsspielraum des Staates	179

B. Art. 6 Abs. 1 GG: Reproduktion der Bevölkerung als staatliche Pflichtaufgabe	181
I. Art. 6 Abs. 1 GG: Reproduktion der Bevölkerung als verbindliche verfassungsrechtliche Zielvorgabe	181
1. Art. 6 Abs. 1 GG im entstehungsgeschichtlichen Kontext	182
2. Art. 6 Abs. 1 GG in der teleologischen und systematischen Betrachtung	187
II. Inhalt der verfassungsrechtlichen Pflichtaufgabe: Weiter Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers bei der Definition des Reproduktionsziels	192
C. Einwände gegen die bevölkerungspolitische Dimension des Art. 6 Abs. 1 GG aus der Menschenwürdegarantie?	194
 <i>Kapitel 2: Grundrechte als Quelle von Direktiven für staatliche Bevölkerungspolitik durch Familienförderung</i>	198
A. Art. 6 Abs. 1 GG: Gebot der Familienförderung	198
I. Destinatär der Förderung: Die Familie	201
1. Begriff der Familie	201
2. Adressat des Fördergebots	206
II. Strukturelemente des Grundrechts der Familie	208
III. Mehrdimensionalität des Familiengrundrechts: Abgrenzung des Fördergebots von anderen Grundrechts- funktionen	210
1. Fördergebot und Abwehrrecht	211
2. Fördergebot und Institutsgarantie	214
3. Fördergebot und Schutzgebot	215
4. Fördergebot und interinstitutionelles Diskriminierungs- verbot	216
5. Fördergebot und intrainstitutionelles Diskriminierungs- verbot	220
6. Fördergebot und Neutralitätsgebot	221
7. Fördergebot und Gebot der Durchsetzung tatsächlicher Gleichberechtigung der Familienformen	222
IV. Familienförderung: Fundament im Konzert der Grundrechte ..	222
1. Familienförderung und Eheförderung	223
2. Familienförderung und Mutterförderung	229

3. Familienförderung und Förderung tatsächlicher Gleichberechtigung der Geschlechter	231
4. Familienförderung und allgemeiner Gleichheitssatz	231
a) Interinstitutionelle Dimension: Förderung von Familien in der Gegenüberstellung mit nichtfamiliären Lebensformen	232
b) Intrainstitutionelle Dimension: Förderung einzelner Familienformen im Verhältnis zu anderen Familienformen	237
5. Familienförderung und sozialstaatliche Förderung	241
V. Telos: Objektivrechtliche oder individualrechtliche Fundierung des Fördergebots?	243
1. Bezugspunkt des Fördergebots innerhalb der Familie: Eltern-Kind-Verhältnis	243
2. Multifunktionalität der Familie	245
a) Raum zur Persönlichkeitsentfaltung der Familienmitglieder	246
b) Reproduktions- und Entlastungsfunktion für den Staat	247
3. Objektivrechtliches Fördergebot: Förderung wegen der Reproduktions- und Entlastungsfunktion der Familie ...	249
VI. Inhalt des Fördergebots	254
1. Art der Förderung	255
a) Lastenausgleich oder Leistungsausgleich – eine offene Frage	255
b) Wahlfreiheit des Gesetzgebers	260
aa) Wahl der Förderart: Lastenausgleich oder Leistungs- ausgleich	260
bb) Auswahl innerhalb der gewählten Förderart: Ausgleich einzelner oder sämtlicher Lasten bzw. Leistungen ..	261
2. Förderniveau	262
a) Bandbreite der vertretenen Meinungen: Von der Sicherung des Existenzminimums bis zum überkompenatorischen Lasten- und Leistungsausgleich	262
b) Eigener Ansatz	267
aa) Gestaltungsfreiheit jenseits des Existenzminimums	267
bb) Grenze der Gestaltungsfreiheit: Negative Gründungsfreiheit der Familie	271
3. Zeitliche Dimension der Förderung	274
4. Pflicht zur Förderung in jedem Regelungssystem?	277
a) Meinungsstand in Rechtsprechung und Schrifttum	277
b) Kritik und eigener Standpunkt	281
5. Darlegungs- und Begründungslast des Gesetzgebers, Umfang und Dichte gerichtlicher Kontrolle	287

B. Neutralitätsgebot bei der Förderung konkurrierender Formen der Familie	292
I. Sedes materiae der Neutralitätspflicht des Staates: Gründungs- und Gestaltungsfreiheit der Familie (Art. 6 Abs. 1 GG)	293
II. Inhalt des Neutralitätsgebots	296
1. Inhaltliche Direktiven des Neutralitätsgebots für die Familienförderung	296
2. Maßstab für die Ermittlung der Lasten	302
3. Zulässigkeit einkommensbezogener Staffelung der Förderung	309
III. Anwendungsbereich des Neutralitätsgebots: Abgrenzung von dem intrainstitutionellen Diskriminierungsverbot	314
IV. Grundrechtsdogmatische Einordnung des Neutralitätsgebots ..	317
V. Konsequenzen für die Familienförderung im Einzelnen	319
1. Neutralität im Verhältnis von Alleinverdienerfamilie und Doppelverdienerfamilie	321
a) Leistungen der Alleinverdienerfamilie und der Doppelverdienerfamilie: Pflege- und Erziehungsleistung	322
aa) Art der Leistungen	322
bb) Umfang der Leistungen	322
b) Lasten der Alleinverdienerfamilie und der Doppelverdienerfamilie: Sach- und Erziehungsbedarf	325
aa) Art der Lasten	325
bb) Umfang der Lasten	327
c) Lasten der Alleinverdienerfamilie und der Doppelverdienerfamilie: Einkommensausfall und Betreuungskosten	327
aa) Alleinverdienerfamilie mit Eigenbetreuung und Doppelverdienerfamilie mit Fremdbetreuung: Einkommensausfall versus Betreuungskosten	328
(1) Art der Lasten	328
(2) Umfang der Lasten	333
bb) Alleinverdienerfamilie mit Fremdbetreuung und Doppelverdienerfamilie mit Fremdbetreuung: Betreuungskosten	335
(1) Art der Lasten	335
(2) Umfang der Lasten	336
cc) Alleinverdienerfamilie mit Eigenbetreuung und Doppelverdienerfamilie mit Fremdbetreuung: Kein Einkommensausfall und keine Betreuungskosten versus Betreuungskosten	337

2. Neutralität im Verhältnis verschiedener Formen der Alleinverdienerfamilie	339
a) Pflege- und Erziehungsleistung der Alleinverdienerfamilien	339
b) Lasten der Alleinverdienerfamilien: Sach- und Erziehungsbedarf ..	341
c) Lasten der Alleinverdienerfamilien: Einkommensausfall und Betreuungskosten	342
aa) Alleinverdienerfamilien mit Eigenbetreuung: Einkommensausfall	343
bb) Alleinverdienerfamilien mit Eigenbetreuung: Kein Einkommensausfall und keine Betreuungskosten versus Einkommensausfall	344
cc) Alleinverdienerfamilien mit Fremdbetreuung: Betreuungskosten	345
dd) Alleinverdienerfamilie mit Eigenbetreuung und Alleinverdienerfamilie mit Fremdbetreuung: Kein Einkommensausfall und keine Betreuungskosten versus Betreuungskosten	346
ee) Alleinverdienerfamilie mit Eigenbetreuung und Alleinverdienerfamilie mit Fremdbetreuung: Einkommensausfall versus Betreuungskosten	347
3. Neutralität im Verhältnis verschiedener Formen der Doppelverdienerfamilie	350
a) Pflege- und Erziehungsleistung der Doppelverdienerfamilien	350
b) Lasten der Doppelverdienerfamilien: Sach- und Erziehungsbedarf ..	351
c) Lasten der Doppelverdienerfamilien: Betreuungsbedarf	351
4. Neutralität im Verhältnis kinderreicher und kinderarmer Familien	353
a) Pflege- und Erziehungsleistung kinderarmer und kinderreicher Familien	354
b) Lasten kinderarmer und kinderreicher Familien: Sach- und Erziehungsbedarf	355
c) Lasten kinderarmer und kinderreicher Familien: Betreuungsbedarf	357
d) Lasten kinderarmer und kinderreicher Familien: Einkommensausfall	358
5. Exkurs: Förderung ehelicher und nichtehelicher Familien ..	362
C. Schranken des Neutralitätsgebots: Doppeltes Gebot der Durchsetzung der tatsächlichen Gleichberechtigung der Geschlechter und der Familienformen	363
I. Verfassungsrechtliches Gebot der Durchsetzung tatsächlicher Gleichberechtigung der Geschlechter in der Familie (Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG)	365

1. <i>Sedes materiae</i>	365
a) Stand in Rechtsprechung und Schrifttum	365
b) Eigenes Ansatz	369
aa) Regelungsgehalt des Art. 3 Abs. 2 und 3 GG	371
bb) Schutzzweck des Art. 3 Abs. 2 und 3 GG	381
cc) Regelungsbereich und Schutzzweck des Art. 6 Abs. 1 GG als Gebot rechtlicher Gleichberechtigung der Geschlechter ..	385
2. Grundrechtsdogmatische Einordnung des Fördergebots des Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG	389
3. Voraussetzungen und Inhalt des Fördergebots des Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG	391
a) Tatsächliche Nachteile	392
b) Typische Betroffenheit einer Geschlechtergruppe	394
c) Durchsetzung der Geschlechtergleichberechtigung durch Nachteilsbeseitigung im Rahmen des Familienlastenausgleichs oder -leistungsausgleichs	398
II. Verfassungsrechtliches Gebot der Durchsetzung tatsächlicher Gleichberechtigung der Familienformen (Art. 6 Abs. 1 GG)	405
1. <i>Sedes materiae</i>	405
2. Grundrechtsdogmatische Einordnung und Telos	412
3. Voraussetzungen und Inhalt	413
III. Konsequenzen für die Familienförderung	415
1. Durchsetzung tatsächlicher Gleichberechtigung der Familienformen im Rahmen des Familienlastenausgleichs (Art. 6 Abs. 1 GG)	416
a) Beseitigung faktischer Nachteile für die Doppelverdienerfamilie ..	416
aa) Gewährleistung ausreichender Betreuungsangebote und Ersatz der Kinderbetreuungskosten	418
(1) Förderung der Kinderbetreuung durch Dritte als unerlässliche Voraussetzung für die Beseitigung der tatsächlichen Nachteile für die Doppelverdienerfamilie ..	418
(2) Einwände gegen den Ersatz der Kinderbetreuungs- kosten der Doppelverdienerfamilie	428
bb) Zulässigkeit einer spiegelbildlichen Förderung von Alleinverdienerfamilien durch Ersatz von Kinderbetreuungs- kosten und durch Einkommensersatzleistungen?	430
cc) Weitere finanzielle Leistungen für die Doppelverdiener- familie	435
b) Beseitigung tatsächlicher Nachteile für die männliche Allein- verdienerfamilie?	439

c) Beseitigung tatsächlicher Nachteile für die weibliche Alleinverdienerfamilie?	441
d) Beseitigung tatsächlicher Nachteile für die kinderreiche Familie ..	442
2. Durchsetzung tatsächlicher Gleichberechtigung der Geschlechter im Rahmen des Familienlastenausgleichs (Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG)	444
a) Beseitigung faktischer Nachteile für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen	444
aa) Ersatz von Kinderbetreuungskosten	444
bb) Einkommensersatzleistungen für Mütter oder Väter?	446
cc) Weitere finanzielle Leistungen für Mütter oder Väter	447
b) Beseitigung faktischer Nachteile für die Kinderbetreuung durch Väter	449
D. Verfassungsrechtliche Gleichstellungsziele und Neutralitätsgebot versus Wächteramt des Staates	450
I. Inhalt und Voraussetzungen des staatlichen Wächteramts (Art. 6 Abs. 2 Satz 2 GG)	451
II. Außerfamiliäre Betreuung – eine Gefahr für das Kindeswohl? ..	453
<i>Kapitel 3: Auflösung verfassungsrechtlicher Spannungslagen</i>	459
A. Spannungsverhältnis zwischen Grundrechten und Reproduktionszielen des Staates	459
I. Verfassungsrechtliche Spannungslage zwischen Neutralitätsgebot sowie Gleichstellungsgeboten einerseits und staatlichen Reproduktionszielen andererseits	459
II. Auflösung des verfassungsrechtlichen Spannungsverhältnisses ..	463
1. Konsequenzen für die Förderung der Doppel- und der Alleinverdienerfamilie	463
2. Konsequenzen für die Förderung der kinderreichen und der kinderarmen Familie	465
B. Spannungsverhältnis zwischen Grundrechten und Sozialstaatsprinzip	468
I. Verfassungsrechtliche Spannungslage zwischen Neutralitätsgebot sowie Gleichstellungsgeboten einerseits und Sozialstaatsprinzip andererseits	468
II. Auflösung der verfassungsrechtlichen Spannungslage	469

1. Verwirklichung sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit für sozial schwache Familien	471
a) Einkommensbezogene Förderung	471
b) Familienmodellbezogene Förderung?	475
c) Lastenbezogene Förderung?	477
d) Kinderzahlbezogene Förderung?	478
2. Verwirklichung sozialer Sicherheit und (Leistungs-) Gerechtigkeit für sozial starke Familien	479
a) Erwerbsgerechtigkeit: Einkommensbezogene Förderung	480
b) Erwerbsgerechtigkeit: Familienmodellbezogene Förderung?	482
c) Erwerbsgerechtigkeit und generative Gerechtigkeit: Lastenbezogene Förderung?	483
d) Generative Gerechtigkeit: Förderung nach der Kinderzahl	484
<i>Kapitel 4: Familienförderung und Eheförderung</i>	485
A. Verfassungsrechtliches Gebot der Eheförderung (Art. 6 Abs. 1 GG) ..	486
I. Förderung der Ehe als Ausgleich und Anreiz für die Erfüllung von Beistands- und Verantwortungsfunktionen	486
II. Verhältnis zwischen Eheförderung und Familienförderung	489
III. Inhalt des Gebots der Eheförderung: Gestaltungsspielraum des Staates hinsichtlich Art und Umfang der Förderung	490
B. Neutralitätsgebot bei der Eheförderung (Art. 6 Abs. 1 GG)	491
I. Dogmatische Herleitung	491
II. Inhalt	493
III. Konsequenzen für die Förderung der Alleinverdienerhe und der Doppelverdienerhe	494
1. Gleiche (Beistands- und Verantwortungs-)Leistungen der Alleinverdienerhe und der Doppelverdienerhe	494
2. Ungleiche Lasten: Einkommensausfall der Alleinver- dienerhe und Mobilitätskosten der Doppelverdienerhe	495
C. Schranke des Neutralitätsgebots bei der Eheförderung: Doppeltes verfassungsrechtliches Gebot der Durchsetzung tatsächlicher Gleichberechtigung der Geschlechter (Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG) und der Familienformen (Art. 6 Abs. 1 GG)	498
I. Verfassungsrechtliche Gleichstellungsziele als Grenzen staatlicher Eheförderung	498

II. Konsequenzen für die Ehepolitik	500
1. Ehegattensplitting	500
2. Ehegattenmitversicherung	505
Zweiter Teil: Ergebnis	508
Dritter Teil	
Politik der Familienförderung in Deutschland –	
verfassungsrechtlicher und verfassungspolitischer Reformbedarf	
<i>Kapitel 1: Einzelne familienpolitische Maßnahmen im Spiegel</i>	
des Verfassungsrechts	517
A. Kindergeld und Kinderfreibetrag	517
I. Bestandsaufnahme	517
II. Verfassungsrechtliche Würdigung	520
B. Finanzielle Förderung der Kinderbetreuung	525
I. Bestandsaufnahme	525
II. Verfassungsrechtliche Würdigung	535
C. Elterngeld	545
I. Bestandsaufnahme	545
II. Verfassungsrechtliche Würdigung	547
1. Grundregelung: Zeitlich begrenzter prozentualer	
Lastenersatz	547
2. Modifizierungen: Mindestelterngeld und Aufstockung	
für einkommensschwache Familien	552
3. Geschwisterbonus und Mehrlingsregelung	554
D. Partnermonate	556
E. Beitragsfreie Kindermitversicherung in der gesetzlichen Kranken-	
und Pflegeversicherung	560
I. Bestandsaufnahme	560
II. Verfassungsrechtliche Würdigung	561

F. Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung	565
I. Bestandsaufnahme	565
II. Verfassungsrechtliche Würdigung	568
G. Betreuungsgeld für Alleinverdienerfamilien	575
I. Optionen eines Betreuungsgeldes	575
II. Verfassungsrechtliche Würdigung	578
H. Familiengeld	580
I. Vorschläge zur Einführung eines Familiengeldes	580
II. Verfassungsrechtliche Würdigung	582
I. Familiensplitting	584
I. Gestaltungsvarianten	584
II. Verfassungsrechtliche Würdigung	587
<i>Kapitel 2: Reformvorschlag zur Neugestaltung der Familienpolitik: Bewältigung des demografischen Wandels durch ein einfaches und transparentes System der Familienförderung</i>	590
A. Verfassungsrechtliche Bausteine für die Bewältigung des demografischen Wandels durch ein neues System der Familienförderung	591
B. Rechtspolitischer Reformvorschlag: Umsetzung der verfassungsrechtlichen Bausteine für die Bewältigung des demografischen Wandels durch ein einfaches und transparentes System der Familienförderung	595
Dritter Teil: Ergebnis	600

Vierter Teil

Unionsrechtlicher Rahmen für die Bewältigung
des demografischen Wandels durch Familienförderung
der Mitgliedstaaten

<i>Kapitel 1:</i> Bindung der Mitgliedstaaten bei der Familienförderung an das Europäische Unionsrecht	607
<i>Kapitel 2:</i> Bewältigung des demografischen Wandels durch geburtensteigernde Maßnahmen der Mitgliedstaaten – ein verbindliches unionsrechtliches Ziel	614
A. Europäisches Primärrecht	614
B. Kompetenz der Europäischen Union zum Erlass von Sekundärrechtsakten zum demografischen Wandel	622
C. Unverbindliche europäische Rechtsakte	625
<i>Kapitel 3:</i> Unionsrechtliches Gebot der Familienförderung durch die Mitgliedstaaten	631
<i>Kapitel 4:</i> Unionsrechtliches Neutralitätsgebot bei der Familienförderung	640
A. Europäisches Primärrecht	640
I. Gründungs- und Gestaltungsfreiheit der Familie als Quelle eines Neutralitätsgebots	640
II. Diskriminierungsverbot als Quelle einer Neutralitätsverpflichtung der Mitgliedstaaten	648
B. Europäisches Sekundärrecht	652
<i>Kapitel 5:</i> Unionsrechtliche Regelungen zur Förderung der tatsächlichen Gleichberechtigung der Geschlechter bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf	655
A. Europäisches Primärrecht	657
B. Europäisches Sekundärrecht	671
C. Unverbindliche europäische Rechtsakte	672

Vierter Teil: Ergebnis	679
Schlussbetrachtung	682
Zusammenfassung in Leitsätzen	685
A. Demografischer Wandel in Deutschland	685
I. Realbefund	685
II. Auswirkungen des demografischen Wandels auf Staat und Gesellschaft	687
III. Ursachen des Geburtentiefs in Deutschland	692
IV. Steuerbarkeit der Geburtenrate durch eine gleichstellungsorientierte Familienpolitik	693
B. Verfassungsrechtlicher Rahmen für die Bewältigung des demografischen Wandels durch Familienförderung	695
I. Bevölkerungsreproduktion als Staatsaufgabe	695
II. Art. 6 Abs. 1 GG: Fördergebot als Quelle von Direktiven für staatliche Bevölkerungspolitik durch Familienförderung ..	697
III. Art. 6 Abs. 1 GG: Neutralitätspflicht des Staates bei der Förderung konkurrierender Formen der Familie	701
IV. Schranken des Neutralitätsgebots: Doppeltes Gebot der Förderung tatsächlicher Gleichberechtigung der Geschlechter (Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG) und der Familienformen (Art. 6 Abs. 1 GG)	712
V. Verfassungsrechtliche Gleichstellungsziele und Neutralitätsgebot versus Wächteramt des Staates?	719
VI. Spannungsverhältnis zwischen Grundrechten und Reproduktionszielen des Staates	720
VII. Spannungsverhältnis zwischen Grundrechten und Sozialstaatsprinzip	721
VIII. Familienförderung und Eheförderung	722
C. Politik der Familienförderung in Deutschland – verfassungsrechtlicher und verfassungspolitischer Reformbedarf	725

I. Reformbedarf im Bereich einzelner familienpolitischer Maßnahmen	725
II. Reformvorschlag für ein neues, transparentes System der Familienförderung zur Bewältigung des demografischen Wandels	734
D. Unionsrechtlicher Rahmen für die Bewältigung des Bevölkerungswandels durch Familienförderung	736
 Literaturverzeichnis	741
Sachregister	779